

Dr. Erwin Buchinger
Anwalt für Gleichstellungsfragen
von Menschen mit Behinderungen



Auf dem Weg zur Umsetzung des NAP aus Sicht des Behindertenanwaltes

Messe Integra

Wels, 07.05.2014



Der Behindertenanwalt

- Beratung und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, die sich **diskriminiert** fühlen
- Bürgersprechtage in allen Bundesländern
- Untersuchungen, Berichte und Empfehlungen
- Wichtigstes Instrument: Interventionen und Schlichtungen
- Jährlicher Tätigkeitsbericht
- Jährlich ca. 1200 KlientInnen bzw. Anfragen/Beschwerden
- Unterstützung durch Büro mit 5 MitarbeiterInnen
- BA ist weisungsfrei und unabhängig



Bewertung NAP - Ausgangsbedingungen

- Ratifizierung der UNBRK 09/2008
- Beschluss des NAP 07/2012
- Finanzkrise ab Sommer 2008: bis 2012 mäßige Folgen auf Realwirtschaft (nur 2009 BIP Minus), jedoch massive Budgetbelastung durch Bankenrettung und zuletzt starke Steigerung der Alo
- Kurs auf (überwiegend ausgabenseitige) Budgetkonsolidierung ab 2011



Versuch einer Würdigung des NAP

- Ist (nur) ein NAP des Bundes – Länder fehlen (aber Stmk und K)
- Wurde auf Ressortebene erarbeitet – keine generellen Vorhaben
- Wenig Zusammenhang zwischen Ziel/Strategien/Maßnahmen
- Messbarkeit und Controlling sind unterentwickelt
- Mitwirkung/Einbindung der Betroffenen teilweise unklar
- Genereller Budget-/Finanzierungsvorbehalt – keine zusätzlichen Mittel vorgesehen
- Bedeutende Verschlechterungen gegenüber Entwurffassung
- Dennoch bedeutendstes behinderungspolit. Dokument seit 1992 mit 250 einschlägigen Maßnahmen (unterschiedlicher Qualität)



Zur Umsetzung des NAP

- Von 250 Maßnahmen sind per 1.1.2014 bereits 150 umgesetzt oder wurde mit Umsetzung begonnen (teilweise freilich „Weiterführung bestehender“ oder „No-Na-Maßnahmen“)
- Aber: von 45 (durch die Begleitgruppe zum NAP) mit Priorität versehenen Maßnahmen sind erst 10 umgesetzt bzw. in Umsetzung
- - Erarbeitung eines Modells unterstützter Entscheidungsfindung
 - Fortführung der Sensibilisierung von RichterInnen etc.
 - Arbeitsgruppe Darstellung von MmB in den Medien
 - Einrichtung von Barrierefreiheitsbeauftragten in den Ministerien
 - partizipative Strategieentwicklung zur Realisierung von Inklusion in Schulen
 - Weiterentwicklung der Beschäftigungsoffensive für MmB (BASB)
 - “Case Management“ in Beratung und Vermittlungsprozessen des AMS
 - Durchforstung berufsrechtlicher Vorschriften auf Diskriminierung
 - Schulung von Führungskräften im öffentlichen Dienst zum Thema MmB
 - öffentliche Unterstützung von Patienten-/Selbsthilfegruppen



Welche (prioritärem) NAP-Maßnahmen wurden noch nicht angegangen (Auszug)

- Unterstützung für Behindertenverbände, SL-Initiativen, SelbstvertreterInnen ...
- UNBRK-konforme Änderung der Einschätzungs-Verordnung
- Novelle des Sachwalterrechts
- Breit angelegte Diskussion über Ausgestaltung eines Beseitigungs- und Unterlassungsanspruches im BGStG
- Verbesserungen im Bereich der Verbandsklage
- Barrierefreiheit als Pflichtfach in allen einschlägigen Ausbildungen
- Barrierefreiheit als Voraussetzung zur Förderung aus öffentlichen Mitteln..
- Entwicklung von Inklusiven Modellregionen (Konzepterstellung Stmk geplant)
- Entwicklung und Evaluierung von Modellen der Durchlässigkeit zum 1. AM
- SV-rechtliche Absicherung von MmB in der “Beschäftigungstherapie”
- Konzept für bundesweit einheitliche Regelung der Persönlichen Assistenz



Versuch einer Bilanz der Behindertenpolitik seit 2008 – Positiv

- Ausweitung des Rechtsanspruches auf schulische Integration auf Polytechnische Schulen und 1-jährige Fachschulen
- Einführung der Unfallversicherungspflicht für Tätigkeit in Werkstätten/tagesstrukturierenden Einrichtungen
- Begünstigteneigenschaft für beschäftigte Behinderte mit Arbeitsfähigkeit unter 50%
- Verbesserung der Rechtsstellung von Behindertenvertrauenspersonen
- Ausweitung und Vereinfachung bei § 29b StVO
- Antidiskriminierung im Versicherungsvertragsrecht



Versuch einer Bilanz der Behindertenpolitik seit 2008 – Negativ I

- Pflegepaket 2011 (erschwerter Zugang zu PSt 1 und 2)
- Reduktion bzw. Einfrieren der BASB-Fördermittel für MmB (auf nominell 160 Mio p.A)
- Verlängerung der Übergangsfrist für Barrierefreiheit von Bundesgebäuden
- Wegfall der NOVA-Rückerstattung
- Starke Steigerung der Arbeitslosigkeit gesundheitlich beeinträchtigter Menschen (seit 2008 um mehr als ein Drittel!)



Versuch einer Bilanz der Behindertenpolitik seit 2008 – Negativ II

- Keine Umsetzung der Evaluierungsergebnisse zur Behindertengleichstellung
- Kein bundesweiter (und möglichst einheitlicher) Rechtsanspruch auf persönliche Assistenz (betrifft v.a. Bundesländer)
- Keine Erhöhung des Pflegegeldes in der letzten und wohl auch in dieser Legislaturperiode
- teilweise massive Einschränkungen in der Behindertenhilfe (v.a. in zwei Ländern, Stmk und OÖ) sowie bezüglich Barrierefreiheit in Baugesetzen (in OÖ, T und V)



Das Arbeitsprogramm der BReg 2013-2018

- **Enthält eine Reihe von positiven Zielen/Maßnahmen für MmB**
z.B. Ziel der Inklusion, NAP als Grundlage aller Maßnahmen, SPF-Quote soll sich am tatsächlichen Förderbedarf orientieren, sv-rechtliche Absicherung in „Werkstätten“, Aufnahme lernbehinderter Menschen in B-Beirat, intensivierung amp-Fördermaßnahmen
- **Gleichzeitig fehlen notwendige Ziele und Vorhaben**
z.B. Beschäftigungsziele: nur für Frauen und Ältere, nicht für mmB)
z.B. Bildung: Weiterführung von Schulversuchen statt Rechtsanspruch in II;
keine Vorhaben zum Verbesserten Rechtsschutz im Gleichstellungsrecht,
nur Allgemeinplätze zur Barrierefreiheit, nichts Konkretes zu
Arbeitsassistenten und Zugang zum ersten Arbeitsmarkt, keine Erhöhung
(nicht einmal einmalig) des Pflegegeldes

